

Niederschrift

über die 17. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Dienstag, den 04.12.2018 im Christian-Wirth-Saal auf dem Schlossgarten-Campus

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 20:10 Uhr

An der Sitzung nehmen teil:

A. Von der Stadtverordnetenversammlung

CDU:

Liese, Gerhard Stadtverordnetenvorsteher
Becker, Rolf
Bertz, Claudia
Drexelius, Matthias
Haase, Andreas
Holzbach, Markus
Jackson, Alexander
Katrusa, Isabell
Müller, Helmut
Müller, Sebastian
Salguero-Grau, Conchita
Schmidt-Winterstein, Dietmar
Schneider, Maximilian
von der Laden, Frank
Zorn, Irene

SPD:

Ebel-Theuerkauf, Leonie
Hahn, Birgit
Kuhlbrot, Hans
Lotz, Helga
Maibach, Jürgen
Müller, Bernhard
Ruß, Ortwin
Schütrumpf, Heinz
Walle, Walter

FWG:

Herber, Hellwig
Koniieczny, Jürgen
Müller, Brunhilde
Saltenberger, Joachim

B 90/Grüne:

Enslin, Ellen
Scheidler, Hansjörg
Sielemann, Manfred
Weinreich, Susanne

FDP:

Brähler, Gerhard
Brähler, Veronika
Keth, Ulrich

B. Vom Magistrat

Wernard, Steffen Bürgermeister
Fritz, Dieter Erster Stadtrat
Böhringer, Heino
Fritz, Reiner
Hahn, Michael
Hahn, Raymond
Jack, Werner
Lichtenthäler, Erwin
Roth-Peters, Maria
Seidenstücker, Gerd

C. Vom Ausländerbeirat

Mescheder, Kibar
Wagner, Katherine

D. Vom Seniorenbeirat

Deißler, Manfred
Huschka, Monika
Schäper, Charlotte

E. Entschuldigt fehlten

Brötz, Joachim
Harnoth, Reinhold

F. Von der Verwaltung

Guth, Michael
Jänisch, Ramona Schriftführerin
Knull, Sebastian
Neuenfeldt, Christian

G. Gäste

17 Bürgerinnen und Bürger
2 Pressevertreter (UA, TZ)

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Liese eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur heutigen Sitzung haben sich die Stadtverordneten Herr Reinhold Harnoth (SPD) und Herr Joachim Brötz (FWG) entschuldigt.

2. Genehmigung der Tagesordnung

Einwände gegen die Tagesordnung bestehen nicht.

3. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Beschluss

Die Niederschrift der Sitzung vom 22.10.18 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 1 Enthaltung (SPD)

4. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Stadtverordnetenvorsteher Liese teilt mit, dass der Ortsbeirat Usingen in seiner Sitzung am 21.11.18 die Beschlussvorlage „Bauleitplanung Hattsteiner Allee“ ohne Einwände zur Kenntnis genommen hat.

Er weist daraufhin, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 10.08.18 zur Verbesserung der Bedingungen für Radfahrer/innen in Usingen bei den Vorberatungen in den Ausschüssen auf die übernächste Sitzungsrunde verschoben wurde.

Zum Abstimmungsverfahren des Haushalts informiert er, dass zunächst über die Anträge der Fraktionen und sodann über die Teilhaushalte und den Gesamthaushalt abgestimmt wird.

5. Mitteilungen des Magistrats

Bürgermeister Wernard berichtet:

- über die Pflasterauswahl für die Gehwege der Innenstadt, die jetzt, im Rahmen der Sanierung der B275 ausgetauscht werden. Dies sind dieselben, wie sie auf dem Alten Marktplatz verlegt sind. Zur Ansicht liegen sie am Bauhof bereit. Das Pflaster heißt „Frieda, Farbe naturblond“.
- über den abgeschlossenen Kaufvertrag des „Alten Forsthaus“ in Merzhausen. Der Vertrag wird den Fraktionsvorsitzenden vertraulich zur Verfügung gestellt.
- ,dass der Zuwendungsbescheid für das Förderprogramm des Städtebaulichen Denkmalschutzes vorliegt. Die bewilligte Zuwendung beträgt 62,44 % der zuwendungsfähigen Ausgaben in Höhe von 900.000,00 € - seitens des Landes Hessen erhalten wir Städtebaufördermittel in Höhe von 562.000,00 €, der Eigenanteil liegt bei 338.000,00 €.
- über einen Termin beim Finanzministerium in Wiesbaden, wo es um die Anträge zur Hessenkasse ging. Der notwendige Antrag ist bereits am 29.11.18 gestellt worden. Die Projekte sind zu einem späteren Zeitpunkt zu melden. Unser Zuschusskontingent beträgt 3,5 Mio. €. Davon ist ein Teil in Höhe von 10 % (=350.000,00 €) selbst zu tragen. Die Mittel sind bis zum 31.12.2024 zu verwenden.

6. Fragestunde

6.1 Schriftliche Fragen

Schriftliche Fragen liegen nicht vor.

6.2 Mündliche Fragen

Keine Wortmeldungen.

7. Berichterstattung der Ausschussvorsitzenden

HFA-Vorsitzender Helmut Müller berichtet über die Haushaltsberatungen im HFA.

A. Punkte mit Aussprache

8. Bauleitplanung der Stadt Usingen

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Hattsteiner Allee 20 - 22", Stadtteil Usingen

Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB

Beschluss zur Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB

Verfahrensdurchführung gem. § 13a BauGB

Durchführungsvertrag

Bürgermeister Wernard nimmt Stellung zu den Vorwürfen, die Bürgerinnen und Bürger nicht frühzeitig in die Planungen miteinbezogen zu haben.

Stadtverordneter Keth teilt für die FDP-Fraktion mit, dass diese zustimmen wird. Angemerkt sei allerdings, dass die FDP das Erstellen einer Brandrichtlinie bei verdichteter Bebauung wünscht.

Stadtverordneter Scheidler merkt an, dass die GRÜNEN es sehr bedauern, dass die Begrünung der Dächer bei der Überarbeitung der Planung herausgestrichen wurden. Sie werden der Vorlage zwar zustimmen, tun dies aber nur mit Bauchschmerzen.

CDU-Fraktionsvorsitzender Drexelius teilt mit, dass die Fraktion ebenfalls der Vorlage zustimmen wird.

Beschluss-Nr. XI/50-2018

Es wird beschlossen:

I. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 BauGB

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), die teilbereichsbezogene Änderung des Bebauungsplans „Altenwohn- und Pflegeheim“ durch die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans

„Hattsteiner Allee 20 - 22“

als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung.

Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung gemäß den §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB wird abgesehen.

Der Plangeltungsbereich umfasst die Flurstücke Gemarkung Usingen Flur 99 Nr. 87, 88, 89 und 90 teilweise (Liegenschaften Hattsteiner Allee 20 und 22, Taunusstraße teilweise) mit einer Größe von insgesamt ca.4.000 m². Innerhalb dieses Geltungsbereichs soll der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Hattsteiner Allee 20 – 22“ den Bebauungsplan „Alten-

wohn-und Pflegeheim“ in allen seinen Festsetzungen ersetzen. Vorrangiges Ziel ist die Nachverdichtung der Flurstücke durch Wohnbebauung. Vorgesehen ist die Errichtung von 5 Gebäuden. Die notwendigen Stellplätze sollen überwiegend in einer Tiefgarage untergebracht werden.

II. **Beschluss zur Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Hattsteiner Allee 20 - 22“ mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634).

Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans erfolgt als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung.

Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung gemäß den §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB wird abgesehen.

Die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB sollen gemäß § 4a Abs. 2 BauGB zeitgleich mit der öffentlichen Auslegung eingeholt werden.

Grundlage dieses Beschlusses ist der Entwurf vom Oktober 2018.



III. Verfahrensdurchführung gem. § 13a BauGB

Die Durchführung des Bauleitplanverfahrens erfolgt gem. § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung).

IV. Durchführungsvertrag

Die Übernahme der Planungskosten zur Aufstellung des Bebauungsplans sowie für die Umsetzung der notwendigen Erschließungsmaßnahmen erfolgt durch den Antragsteller K&B Hattsteiner Allee 22 GmbH, Auf dem Hohenstein 1, 61231 Bad Nauheim. Hierzu ist ein Durchführungsvertrag mit dem Antragsteller abzuschließen. Über den Abschluss des Durchführungsvertrags wird im Magistrat entschieden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 0 Enthaltungen

9. Satzungsänderung über die Kostenbeiträge für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Usingen.

Bürgermeister Wernard nimmt Bezug auf den Änderungsantrag der SPD und schlägt vor, diesen in den SJK zu verweisen, um dort in Ruhe pro und contra zu besprechen.

Stadtverordnete Theuerkauf erläutert die Beweggründe der Fraktion, zur Antragsstellung. Stadtverordneter Schneider beantragt, den SPD-Antrag in den SJK zu verweisen.

Beschluss

Der SPD-Antrag wird in den SJK verwiesen.

Abstimmungsergebnis:
26 Ja-Stimmen (CDU, FWG, GRÜNEN, FDP), 9 Nein-Stimmen (SPD), 0 Enthaltungen

Damit ist der Antrag in den Ausschuss verwiesen.

Sodann wird die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschluss-Nr. XI/100-2018

Die Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die „Kostenbeiträge für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Usingen“ wird in der beigefügten Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
26 Ja-Stimmen (CDU, FWG, GRÜNEN, FDP), 9 Nein-Stimmen (SPD), 0 Enthaltungen

10. Wassergebühren 2019

Beschluss-Nr. XI/71-2018

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Wassergebühren ab dem 01.01.2019 auf 2,83 €/m³ netto festzusetzen sowie die als Anlage beigefügte Satzung zur 2. Änderung der Wasserversorgungssatzung (WVS) der Stadt Usingen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 0 Enthaltungen

11. Abwassergebühren 2019

Beschluss-Nr. XI/72-2018

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Abwassergebühren ab dem 01.01.2019 auf 1,97 €/m³ Schmutzwasser und 0,80 €/m² im Jahr versiegelter Fläche festzusetzen sowie die als Anlage beigefügte Satzung zur 3. Änderung der Entwässerungssatzung (EWS) der Stadt Usingen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 0 Enthaltungen

12. Abfallgebühren 2019

Beschluss-Nr. XI/73-2018

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügte 3. Änderung der Abfallsatzung (-AbfS) der Stadt Usingen über die Entsorgung von Abfällen der Stadt Usingen einschließlich der dort ersichtlichen Abfallgebühren ab dem 01.01.2019.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 0 Enthaltungen

13. Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 2019

CDU-Fraktionsvorsitzender Drexelius nimmt Stellung zum vorgelegten Haushalt und geht auf die Änderungsanträge der Fraktionen ein.

Zum Änderungsantrag der GRÜNEN „Fahrradabstellanlagen“ teilt er mit, dass die CDU hier eine Erhöhung der angesetzten Mittel auf 10.000,00 € beantragt. Diese sollen mit einem Sperrvermerk versehen werden.

GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende Enslin erläutert die Stellungnahmen ihrer Fraktion zum vorgelegten Haushalt. Sie bittet um Unterstützung der gestellten Anträge.

FDP-Fraktionsvorsitzender Brähler und Stadtverordneter Keth stellen die aus der FDP-Sicht wichtigsten Punkte des Haushaltsplanentwurfs dar.

Stadtverordneter Herber nimmt für die FWG-Fraktion Stellung zum Haushalt und geht auf die Vorreden ein.

SPD-Fraktionsvorsitzender Müller hält fest, dass die SPD nur dem Gesamtinvestitionsprogramm und dem Stellenplan zustimmen kann. Weiter begründet er die ablehnende Haltung zu den anderen Teilhaushalten seitens der SPD.

Die der Sitzung vorausgeschickten Anträge zum Haushalt seien nach den Wortmeldungen am heutigen Abend hinfällig.

Bürgermeister Wernard geht kurz auf die Redebeiträge ein.

CDU-Fraktionsvorsitzender Drexelius bittet nach der heutigen Diskussionsrunde zu den Anträgen, dass alle Fraktionen zukünftig wieder ihre Anträge im HFA stellen und diese dort in Ruhe vorberaten werden können.

GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende Enslin geht nochmals auf die aus der Sicht der GRÜNEN wichtigsten Argumente und die Einsparvorschläge ein.

FDP-Fraktionsvorsitzender Brähler äußert abschließend den Wunsch, dass zwischen der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs und der Haushaltsberatung im HFA mehr Zeit zur Verfügung steht, um sich entsprechend vorzubereiten.

Stadtverordnetenvorsteher Liese stellt den Haushaltsplanentwurf für 2019 zur Abstimmung.

Beschluss

Es werden die Anträge wie folgt abgestimmt:

CDU-Anträge:

	Position	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis Ja – Nein – Enth.
CDU	Produkt 11101 Zuschuss Dorfgemeinschaft, 900 Jahre Merzhausen'	5.000 € mit Sperrvermerk versehen der durch den HFA aufgehoben werden kann	Einstimmig, 0 Enthaltungen
CDU	Investition 573-09 Bewegl. Anlageverm. BGH Wernborn	10.000 € für neue Tische und Stühle im Raum 2 im BGH Wernborn Die Deckung soll durch Reduzierung des Ansatzes 111-99 Erwerb von Grundstücken erzielt werden.	24 Ja-Stimmen (CDU, 2 SPD, FWG, FDP) – 0 Nein-Stimmen – 11 Enthaltungen (Grüne, 7 SPD)

Die SPD-Anträge waren wie im Redebeitrag von SPD-Fraktionsvorsitzenden Müller hinfällig und werden jetzt vor der Abstimmung von ihm offiziell zurückgezogen.

GRÜNEN-Anträge:

Seitens der CDU-Fraktion wird beantragt den Betrag für die Fahrradabstellanlagen auf 10.000,00 € festzusetzen. Es wird zunächst über diesen Antrag der GRÜNEN mit erhöhtem Budget von 10.000,00 € abgestimmt:

Seite	Produkt Nr.	Beschreibung	Neuer Ansatz	Änderung
		Investitionshaushalt		
431	54101/	Fahrradabstellanlagen	+10.000 €	+10.000 €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltungen

Sodann wird die Antragsliste der GRÜNEN in einem abgestimmt:

Seite	Produkt Nr.	Beschreibung	Neuer Ansatz	Änderung
		Investitionshaushalt		
172	11109/	Grundstücksankäufe	1,5 Mio. €	-500.000 €
475		Mitnahmebänke	+5.000 €	+5.000 €
		Ergebnishaushalt		
		01 Innere Verwaltung		
137	11103/13	Sach- und Dienstleistung	255.605 €	-5.000 €
	11110/13	Sach- und Dienstleistung	162.209 €	-5.000 €
		04 Kultur und Wissenschaft		
278	28101713	Sach- und Dienstleistungen	155.550 €	-5.000 €
		09 Räuml. Planung und Entwicklung		

	54101/	50%-Förder. Radwegekonzept als Klimaschutzteilkonzept Mobilität:	30.000 €	
435	54101/13	Sach- und Dienstleistungen	890.350 €	-5.000 €
390	51101/13	Sach- und Dienstleistung	456.060 €	-10.000 €
		Radwegekonzept	+60.000 €	
		13 Natur- und Landschaftspflege		
		15 Wirtschaft und Tourismus		
491	57101/13	Sach- und Dienstleistung	37.740 €	-5.000 €
499	57301/02	Einnahmen Weihnachtsmarkt	11.000 €	+6.000 €
	56101/	Klimaschutzmanager - Förderung 65%	39.000 €	€
	56101/	Klimaschutzmanager Personal	60.000 €	
		Liste HH-Änderungen Verwaltung		10.000 €
		Deckungsvorschläge für	51.000 €	51.000 €
		Stellenplan		
		Bauamt	Klimaschutz- manager	

Abstimmungsergebnis:

13 Ja-Stimmen (SPD, GRÜNE), 22 Nein-Stimmen (CDU, FWG, FDP), 0 Enthaltungen

Beschluss der Haushaltssatzung

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Haushaltssatzung inklusive der sich ergebenden Änderungen durch die Anträge der Fraktionen und die Änderungsliste der Verwaltung.

Beschluss des Gesamtergebnishaushaltes

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Gesamtergebnishaushalt inklusive der sich ergebenden Änderungen durch die Anträge der Fraktionen und die Änderungsliste der Verwaltung.

Beschluss des Gesamtfinanzhaushaltes

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Gesamtfinanzhaushalt inklusive der sich ergebenden Änderungen durch die Anträge der Fraktionen und die Änderungsliste der Verwaltung.

Beschluss des Gesamtinvestitionsprogramms

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Gesamtinvestitionsprogramm inklusive der sich ergebenden Änderungen durch die Anträge der Fraktionen und die Änderungsliste der Verwaltung.

Beschluss des Stellenplans

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Stellenplan inklusive der sich ergebenden Änderungen durch die Anträge der Fraktionen und die Änderungsliste der Verwaltung.

Beschluss des Haushaltskonsolidierungskonzept

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Haushaltskonsolidierungskonzept inklusive der sich ergebenden Änderungen durch die Anträge der Fraktionen und die Änderungsliste der Verwaltung.

Beschluss des Gesamthaushalts

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Gesamthaushalt inklusive der sich ergebenden Änderungen durch die Anträge der Fraktionen und die Änderungsliste der Verwaltung.

Abstimmungsergebnisse:

Haushaltssatzung:	19 Ja-Stimmen (CDU,FWG), 16 Nein-Stimmen (SPD, GRÜNEN, FDP), 0 Enthaltungen
Gesamtergebnishaushalt:	19 Ja-Stimmen (CDU,FWG), 16 Nein-Stimmen (SPD, GRÜNEN, FDP), 0 Enthaltungen
Gesamtfinanzhaushalt:	19 Ja-Stimmen (CDU,FWG), 16 Nein-Stimmen (SPD, GRÜNEN, FDP), 0 Enthaltungen
Gesamtinvestitionsprogramm:	28 Ja-Stimmen (CDU, SPD, FWG), 7 Nein-Stimmen (GRÜNE, FDP), 0 Enthaltungen
Stellenplan:	31 Ja-Stimmen (CDU, SPD, FWG, FDP) 4 Nein-Stimmen (GRÜNE) 0 Enthaltungen
Haushaltskonsolidierungskonzept:	26 Ja-Stimmen (CDU, FWG, GRÜNE, FDP), 9 Nein-Stimmen (SPD), 0 Enthaltungen
Gesamthaushalt:	19 Ja-Stimmen (CDU,FWG), 16 Nein-Stimmen (SPD, GRÜNEN, FDP), 0 Enthaltungen

B. Punkte ohne Aussprache

14. Erweiterung des Standesamtsbezirkes Neu-Anspach/ Usingen; Abschluss einer Öffentlich-Rechtlichen Vereinbarung über die Durchführung von Standesamtsaufgaben der Stadt Usingen, der Gemeinde Grävenwiesbach und der Gemeinde Schmitten durch die Stadt Neu-Anspach

Beschluss-Nr. XI/104-2018

Es wird beschlossen, die Standesämter der Gemeinden Grävenwiesbach und Schmitten in den bestehenden Standesamtsbezirk Neu-Anspach/Usingen einzugliedern. Dazu wird die als Anlage 1 beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 0 Enthaltungen

15. Bericht über den Zeitraum 01.01.2018 bis 31.08.2018 gemäß § 28 Abs. I GemHVO über den Stand des Haushaltsvollzugs

Beschluss-Nr. XI/99-2018

Der Bericht über den Zeitraum 01.01.2018 bis 31.08.2018 gemäß § 28 Abs. I GemHVO über den Stand des Haushaltsvollzugs wird zur Kenntnis genommen.

16. Aufhebung eines Sperrvermerks

Beschluss-Nr. XI/108-2018

Der Sperrvermerk auf den 3.000,00 € für die Ausrichtung des Parlamentarischen Abends wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 0 Enthaltungen

Usingen, 05.12.2018

Gerhard Liese
Stadtverordnetenvorsteher

Ramona Jänisch
Schriftführerin

Matthias Drexelius
CDU-Fraktion

Bernhard Müller
SPD-Fraktion

Ellen Enslin
Bündnis 90/Die Grünen

Jürgen Konieczny
FWG-Fraktion

Gerhard Brähler
FDP-Fraktion